



CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Stabilität und Wachstum

Unsere Politik für
ein starkes Deutschland
im geeinten Europa





Herbert Reul MdEP



Markus Ferber MdEP

Europa aus der Krise führen

Die europäische Finanz- und Staatsschuldenkrise hat Europa vor ungeahnte Herausforderungen gestellt. Sie darf aber nicht zur Zerreißprobe für Europa werden. Eine Renationalisierung würde keine Probleme lösen, sondern vielmehr die über 50 Jahre erarbeiteten Erfolge wie Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in den Mitgliedstaaten der EU gefährden.

Wir sind davon überzeugt, dass „Mehr Europa“ die beste Antwort auf die aktuellen Herausforderungen ist. Nur gemeinsam können die Staaten Europas ihre Interessen und Werte in der globalen Ordnung wirkungsvoll vertreten. Wir arbeiten daher nachhaltig für eine stabile europäische Währung, solide Staatshaushalte, einen funktionierenden Binnenmarkt, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, innere und äußere Sicherheit sowie die Bewahrung der Schöpfung. All dies können wir nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern erreichen und dauerhaft sichern, im Interesse Deutschlands und Europas!

Die beiliegenden Karten bieten Ihnen einen Überblick über die Arbeit und die Positionen der 42 Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Wir freuen uns über Ihr Interesse!

Ihr 

Herbert Reul, Vorsitzender

Ihr 

Markus Ferber, Co-Vorsitzender

Voucher

Machen Sie sich ein Bild von unserer Arbeit.

- Ich möchte an der Verlosung einer Informationsreise für 2 Personen zum Europäischen Parlament teilnehmen.
- Bitte senden Sie mir weitere Informationen über Ihre Arbeit im Europäischen Parlament.
- Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten einverstanden, um mich über Veranstaltungen und die politische Arbeit der CDU/CSU-Gruppe im EP und ihrer Mitglieder zu informieren. Die Daten werden ausschließlich von der CDU/CSU-Gruppe im EP und ihren Mitgliedern genutzt und nicht an Dritte übermittelt. Der Nutzung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen.

Datum

Unterschrift

Für Sie in Europa.
CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament



W 60, Zi. 0.61

Tel.: 030 / 22 77 57 75

info@cducsu.eu

Platz der Republik 1

Fax: 030 / 22 77 69 58

www.cducsu.eu

11011 Berlin

Machen Sie sich selbst ein Bild von unserer Arbeit und gewinnen Sie eine Informationsreise für 2 Personen zum Europäischen Parlament.



Europäisches Parlament, Straßburg



Europäisches Parlament, Brüssel

Bitte den unten anhängenden Voucher ausfüllen und abschicken. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Absender

Name

Vorname

Straße

PLZ

Ort

E-Mail

Bitte
freimachen

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Stabilitäts-Union statt Schulden-Union

Die Bewältigung der europäischen Staatsschuldenkrise und die Behebung der Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beherrschen derzeit die europäische Politik. Die Haushalte der hoch verschuldeten Mitgliedstaaten müssen saniert werden und gleichzeitig muss Europa wieder auf Wachstumskurs gebracht werden.

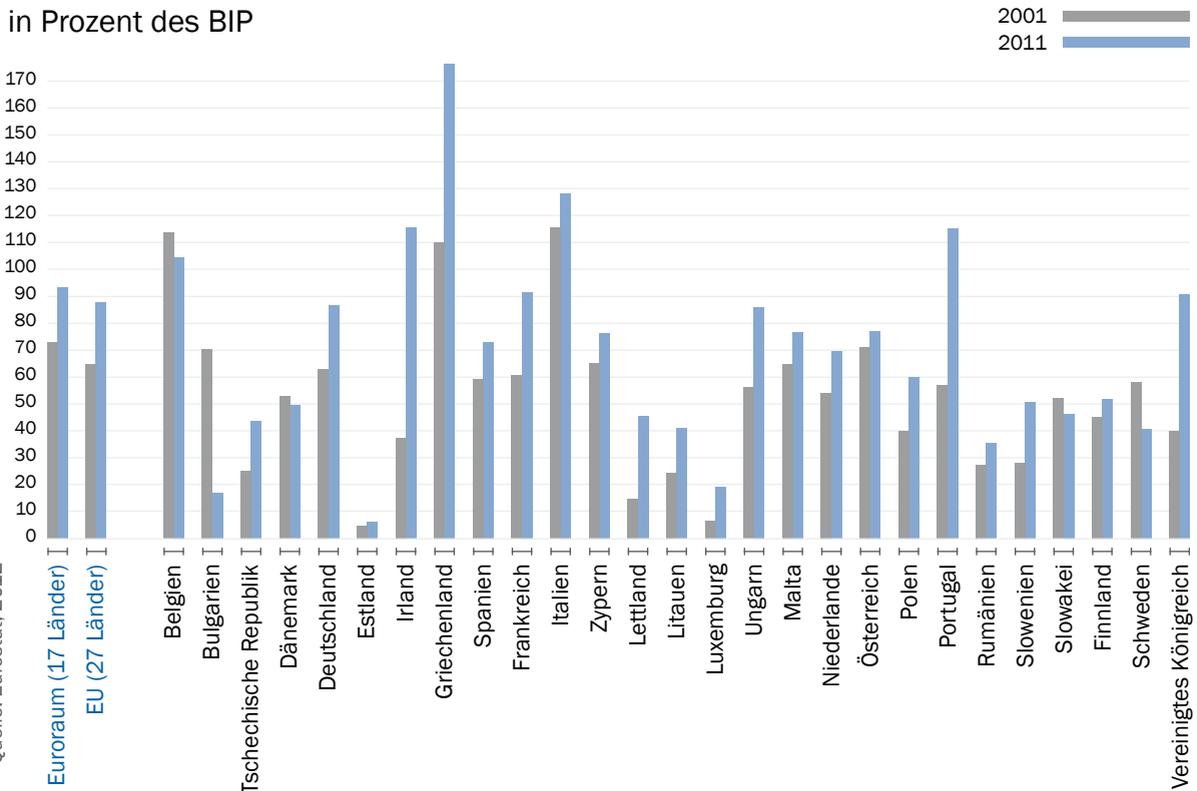
Um zukünftig Krisensituationen zu verhindern, haben sich 25 EU-Mitgliedstaaten zum Fiskalpakt und zur nationalen Schuldenbremse verpflichtet. Über den europäischen Stabilitätsmechanismus ESM können überschuldete Euro-Staaten unter strengen Auflagen Hilfen bei der Haushaltssanierung erhalten. Die CDU/CSU-Europaabgeordneten lehnen die Vergemeinschaftung von Schulden der Euro-Staaten durch sog. „Euro-Bonds“ genauso wie EU-Konjunkturprogramme auf Pump entschieden ab.

Mit folgenden Maßnahmen wollen wir Europa wieder auf Wachstumskurs bringen:

- intelligente Förderung von Forschung und Innovation, insbesondere durch die Finanzierung wachstumsrelevanter Projekte mit bisher nicht ausgegebenen EU-Mitteln,
- Abbau von bestehenden Wettbewerbshürden im Europäischen Binnenmarkt,
- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, z. B. mit den europäischen Programmen zur Förderung von Qualifizierung und Mobilität,
- Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in den Mitgliedstaaten,
- konsequente Konsolidierung der öffentlichen Haushalte,
- Überprüfung aller europäischen Gesetze auf ihre Notwendigkeit und auf negative Einflüsse auf die Wettbewerbsfähigkeit,
- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie durch Befreiung von Lasten wie hohe Energiesteuern und CO₂-Abgaben.

Bruttoverschuldung der EU-Mitgliedstaaten

in Prozent des BIP



Europa wächst zusammen – und hat Grenzen

Bisherige Erweiterungen der Europäischen Union haben die Zone der Stabilität ausgeweitet und Deutschland politischen und wirtschaftlichen Nutzen gebracht. Allerdings hat die Erweiterung der EU von 15 auf 27 Mitgliedstaaten großer Anstrengungen bedurft. Die CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament treten daher nach dem bereits beschlossenen Beitritt Kroatiens zum 1.7.2013 für eine Phase der Konsolidierung ein, in der die Festigung der EU Vorrang vor weiteren Beitritten hat. Nach Umbrüchen im Mittelmeerraum muss die Europäische Union ihre Beziehungen zu den Nachbarländern neu ausrichten. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament setzt sich dafür ein, Länder aktiv in der demokratischen Entwicklung zu unterstützen.

Partnerschaft statt EU-Mitgliedschaft

Die Vollmitgliedschaft in der EU kann nicht in jedem Fall die einzige Antwort auf den Wunsch nach einer europäischen Perspektive sein. Für den Beitritt zur EU ist die Erfüllung des Kriteriums der Aufnahmefähigkeit der EU ebenso wichtig, wie die vollständige Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien durch die Bewerberländer. Die CDU/CSU-Europaabgeordneten lehnen daher eine Vollmitgliedschaft der Türkei ab und plädieren für eine privilegierte Partnerschaft oder auch eine multilaterale Beziehung nach dem Beispiel des Europäischen Wirtschaftsraums. Eine solche partnerschaftliche Bindung könnte, als Alternative zur Vollmitgliedschaft, Vorbild sein für eine verantwortbare europäische Perspektive für andere Nachbarländer der EU wie z. B. die Ukraine oder einige nordafrikanische Mittelmeeranrainerstaaten.

Welche Gründe sprechen gegen den EU-Beitritt der Türkei?

- Die türkische Regierung erkennt den EU-Mitgliedstaat Zypern nicht an, boykottiert die zypriotische EU-Ratspräsidentschaft und weigert sich weiterhin, die vereinbarte Zollunion gegenüber Zypern umzusetzen.
- Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU würde Europa auf absehbare Zeit überfordern.
- Das türkische Justizsystem weist erhebliche Mängel auf, religiöse Minderheiten werden in fragwürdigen Gerichtsverfahren enteignet, während rund 100 regierungskritische Journalisten in Untersuchungshaft sitzen.

Sind Sie für oder gegen eine Erweiterung der EU?

Dafür



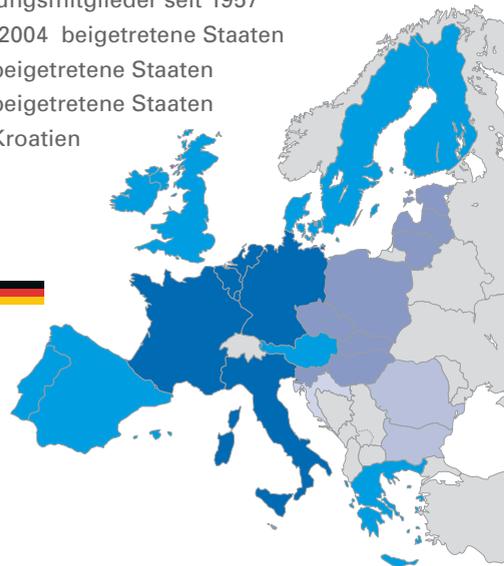
Dagegen



Weiß nicht



- Gründungsmitglieder seit 1957
- 1973 - 2004 beigetretene Staaten
- 2004 beigetretene Staaten
- 2007 beigetretene Staaten
- 2013 Kroatien

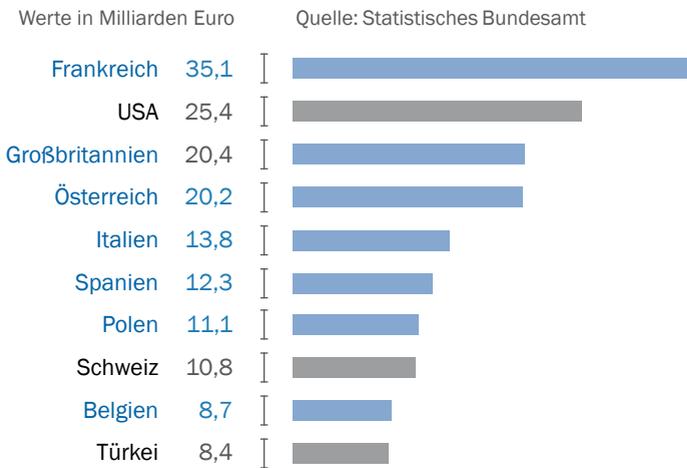


Der Europäische Binnenmarkt – Europas Antwort auf die Globalisierung

Der Europäische Binnenmarkt ist mit rund 500 Millionen Verbrauchern einer der größten Wirtschaftsräume der Welt. Er trägt entscheidend zum Wohlstand in Deutschland und in ganz Europa bei. Gleichzeitig schützen die Gesetze des gemeinsamen Binnenmarktes europaweit die Rechte und Interessen der Bürger.

Saldo der deutschen Handelsbilanz 2011

Die zehn größten Überschussländer Deutschlands



Der Europäische Binnenmarkt

„Gerade für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie ist ein voll funktionsfähiger Europäischer Binnenmarkt von großer Bedeutung. Deutschland wickelt 59,5 % der Importe und 64,7 % der Exporte innerhalb der EU ab. In der EU sind mit etwa 447,5 Mrd. Euro rund 55 % des deutschen Kapitals investiert. Handel und Investitionen tragen dazu bei, rund 5 Millionen Arbeitsplätze und Einkommen in Deutschland zu sichern.“ (Quelle: BDI)

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament setzt sich für die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes sowie für eine international abgestimmte Wettbewerbsordnung und weltweit geltende Standards zum Schutz des geistigen Eigentums ein. Nur so können in Deutschland, dessen wirtschaftlicher Erfolg in erster Linie auf seiner Innovationsfähigkeit beruht, dauerhaft Wohlstand und Sicherheit erhalten werden.

Das haben wir für Sie erreicht:

- Die Liberalisierung des Telekommunikationssektors hat die Kosten für Telefongespräche ins EU-Ausland seit 2005 um durchschnittlich rund 75 Prozent sinken lassen.
- Die Roaming-Gebühren für Telefonate, SMS und mobiles Internet innerhalb der EU wurden per Verordnung drastisch gesenkt.
- Bei Flügen von einem EU-Mitgliedstaat aus oder mit einem in der EU registrierten Luftfahrtunternehmen in ein EU-Land stehen Passagieren bei Problemen Kostenerstattung und Entschädigung nach festen Regeln zu.
- Bei Flugbuchungen im Internet muss der Gesamtpreis des Fluges, einschließlich aller Steuern und obligatorischer Zusatzleistungen, von Anfang an sichtbar sein, damit die Preise verschiedener Fluggesellschaften verglichen werden können. Alle optionalen Zusatzleistungen müssen deutlich ausgewiesen werden.
- Beipackzettel für Arzneimittel müssen künftig besser lesbar und verständlich sein. Medizinprodukte wie z. B. Implantate werden künftig besser kontrolliert.
- Das „Nährwertkästchen“ mit Angaben, wie viel Kalorien, Zucker, Salz und Fett ein Produkt enthält, ist Pflicht für alle Lebensmittel.
- Lebensmittel müssen ab 2016 gekennzeichnet sein, wenn sie Stoffe enthalten, die häufig Allergien hervorrufen.

Europas Energieversorgung sichern

Steigende Energiepreise, politische Instabilität in den Öl und Gas exportierenden Ländern und die Debatte über den Klimawandel stellen die europäische Energiepolitik vor große Herausforderungen. Bereits 2007 hat der Europäische Rat beschlossen, den Anteil erneuerbarer Energien in der EU bis 2020 auf 20 Prozent zu steigern und die CO₂-Emissionen um mindestens 20 Prozent zu reduzieren.

Die CDU/CSU-Europaabgeordneten unterstützen die Strategie, die die langfristige Sicherung der Energieversorgung in Europa zum Ziel hat. Für uns gilt: Energie muss auch in Zukunft sicher, nachhaltig und für alle Verbraucher sowie die Industrie bezahlbar bleiben.

Die Schwerpunkte unserer Energiepolitik

Energiemix Nur ein breiter Energiemix, der alle vorhandenen Energiequellen einschließt, ist ein Garant für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Abhängigkeiten von Import- und Transitländern sowie von einzelnen Energiequellen müssen vermieden werden.

Energiebinnenmarkt Die EU-Mitgliedstaaten müssen die bestehenden Regeln des Energiebinnenmarktes zügig und vollständig umsetzen, damit alle Verbraucher rasch von einem effektiven Wettbewerb profitieren können.

Energieinfrastruktur Der Energiebinnenmarkt kann nur mit einer grenzüberschreitenden Infrastruktur funktionieren. Außerdem muss das Stromnetz massiv ausgebaut werden, um den wachsenden Anteil an schwankender Erzeugung aus Solar- und Windenergie integrieren zu können. Grundsätzlich sollen Investitionsentscheidungen den Energieun-

ternehmen überlassen werden, denen auch die Bildung von Rückstellungen für diese Investitionen erlaubt werden muss.

Energieeffizienz Die Steigerung der Energieeffizienz stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und des Mittelstandes. Wir unterstützen daher die nationalen Maßnahmen auf diesem Gebiet, die verbindlichen europäischen Zielvorgaben vorzuziehen sind.

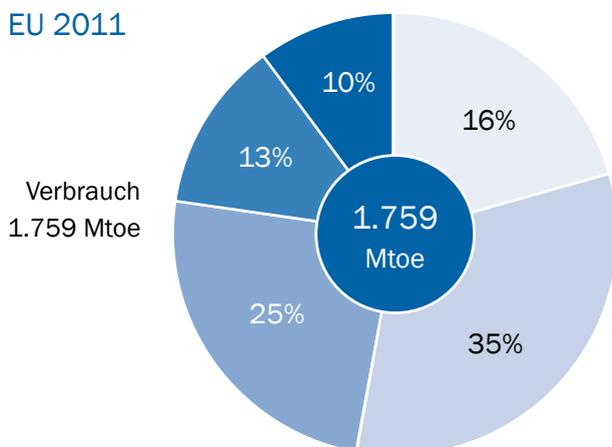
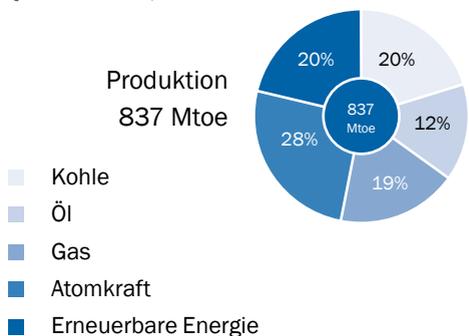
Energieeinsparung Energieeinsparungen reduzieren die Belastungen für Wirtschaft und Verbraucher und sind oft bereits durch ein gesteigertes Bewusstsein zu erzielen. Wir fordern daher eine bessere Aufklärung der Verbraucher über den Energieverbrauch bestimmter Produkte.

Energieforschung Wir treten für eine technologieoffene Forschungspolitik ein, zu der auch die Kern- und Fusionsforschung gehört, bei der die EU eine weltweite Führungsposition einnimmt.

Energie-Produktion und Verbrauch in der EU 2011

Mtoe = Millionen Tonnen Öl Equivalent

Quelle: Eurostat, 2012



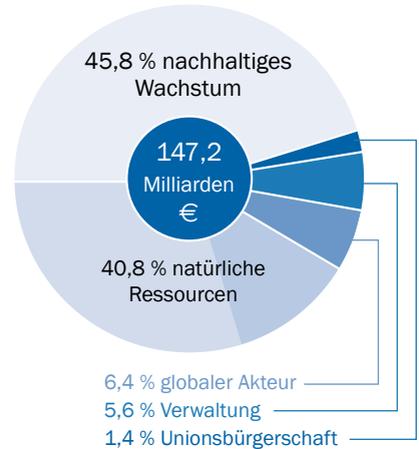
Sparsamkeit und Effizienz – Prioritäten für den EU-Haushalt

Die EU braucht einen zukunftsorientierten Haushalt, um die ihr zugewiesenen Aufgaben erfüllen zu können. Die von den EU-Mitgliedstaaten geforderten Projekte und Initiativen können nur dann umgesetzt werden, wenn im mehrjährigen EU-Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 ausreichend Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden. Wir setzen uns daher für eine Reform der Einnahmenbasis der EU und die Abschaffung ungerechtfertigter Rabatte für einige Mitgliedstaaten ein. Dabei muss gewährleistet sein, dass es zu keiner zusätzlichen Belastung Deutschlands kommt.

EU-Haushalt 2012

147,2 Milliarden Euro, davon:

- 67,5 nachhaltiges Wachstum
- 60,0 natürliche Ressourcen insgesamt
 - davon 44 Milliarden € – landwirtschaftliche Ausgaben und Direktzahlungen
 - davon 16 Milliarden € – Entwicklung des ländlichen Raums, Umwelt und Fischerei
- 9,4 die EU als globaler Akteur – internationale Zusammenarbeit
- 8,3 Verwaltung
- 2,1 Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht



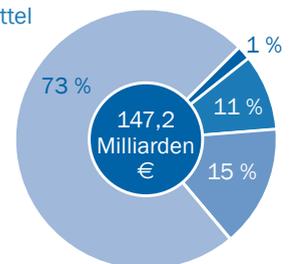
Das Verschuldungsverbot muss weiterhin bestehen bleiben: Alle Ausgaben der EU müssen durch Einnahmen gedeckt sein. Wirtschaftlichkeit, Transparenz und Nachhaltigkeit sind die haushaltspolitischen Ziele der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

Wir setzen uns daher ein für:

- die Konzentration der EU-Ausgaben auf die Bereiche, in denen EU-Handeln einen echten Mehrwert gegenüber nationalem Handeln darstellt, z. B. durch die Übernahme konsularischer Aufgaben durch den Europäischen Auswärtigen Dienst,
- eine effektive Verwaltung und Kontrolle der EU-Mittel ohne Doppelstrukturen,
- die Abschaffung von Sonderrabatten für einzelne Mitgliedstaaten und die Einführung eines allgemeinen Korrekturmechanismus,
- die solide Finanzierung europäischer Zukunftsprojekte wie das Navigationssystem GALILEO und den Fusionsreaktor ITER,
- die Zusammenlegung von Agenturen mit ähnlichen Aufgabenbereichen und die Schließung überflüssiger Agenturen,
- Sanktionen gegen EU-Staaten, die zu Unrecht ausgezahlte Fördermittel nicht wieder einziehen,
- die einheitliche strafrechtliche Verfolgung von Betrug und Korruption mit EU-Mitteln.

Woher kommt das Geld?

- 73 % auf dem Bruttonationaleinkommen (BNE) basierende Eigenmittel
- 15 % Zölle und Zuckerabgaben
- 11 % auf der Mehrwertsteuer (MwSt.) basierende Eigenmittel
- 1 % übrige Einnahmen



Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Jeder EU-Bürger kann sich innerhalb der Europäischen Union frei bewegen. Das Europäische Bürgerrecht ermöglicht, dass jeder Bürger leben, lernen und arbeiten kann, wo er möchte. Diese Freiheiten und Rechte müssen abgesichert werden, denn organisierte Kriminalität, Terrorismus und international organisierte Verbrechen machen nicht an nationalen oder europäischen Grenzen halt.

Die EU baut deshalb ihr Konzept des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts kontinuierlich aus. Durch eine enge Zusammenarbeit der Behörden wird ein hohes Niveau an innerer Sicherheit erreicht. Das hindert nicht, sondern schützt die Bewegungsfreiheit der Bürger Europas.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament setzt sich daher ein für:

- die Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX und der europäischen Ermittlungsbehörde EUROPOL sowie der Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität sowie illegaler Einwanderung,
- die konsequente Bekämpfung von Menschenhandel sowie einen besseren Schutz der Opfer,
- die Sicherung und Bewahrung des Schengen-Raumes, der grenzenloses Reisen ermöglicht sowie den Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Schengen-Abkommen, sobald diese nachweislich die Voraussetzungen hierfür erfüllen,
- ein einheitliches europäisches Vertragsrecht, das die Rechtssicherheit bei grenzüberschreitenden Vertragsabschlüssen in der EU verbessert.

Das haben wir u. a. für Sie erreicht:

- ausgewogene Regelungen für eine sinnvolle Nutzung der Vorratsdatenspeicherung zur Kriminalitätsbekämpfung bei gleichzeitigem Schutz der Privatsphäre aller Bürgerinnen und Bürger,
- ein Fluggastdaten-Abkommen zwischen der EU und den USA, welches Rechtssicherheit für die Fluggäste und die Wahrung des Datenschutzes mit der Nutzung von Fluggastdaten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus verbindet,
- ein europäisches Erbrecht, mit dem grenzüberschreitendes Erben und Vererben in der EU erheblich erleichtert wird.

Der Schengen-Raum

Reisen ohne Grenzkontrollen



Umwelt schützen – Schöpfung bewahren

Die Bewahrung der Schöpfung und die Bekämpfung des Klimawandels sind große politische, aber auch ökonomische Herausforderungen, die nicht im nationalen Alleingang gelöst werden können. Die Europäische Union hat daher eine internationale Vorreiterrolle übernommen, um Lösungswege beim Umwelt- und Klimaschutz aufzuzeigen und zu initiieren. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament tritt für einen nachhaltigen Umweltschutz ein, der die globale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft nicht gefährdet. Von der EU-weiten oder globalen Durchsetzung hoher Umweltstandards profitiert oft nicht nur die Umwelt, sondern auch die deutsche Wirtschaft, für die in vielen Bereichen ohnehin strenge nationale Standards gelten.

Das haben wir u. a. für Sie erreicht:

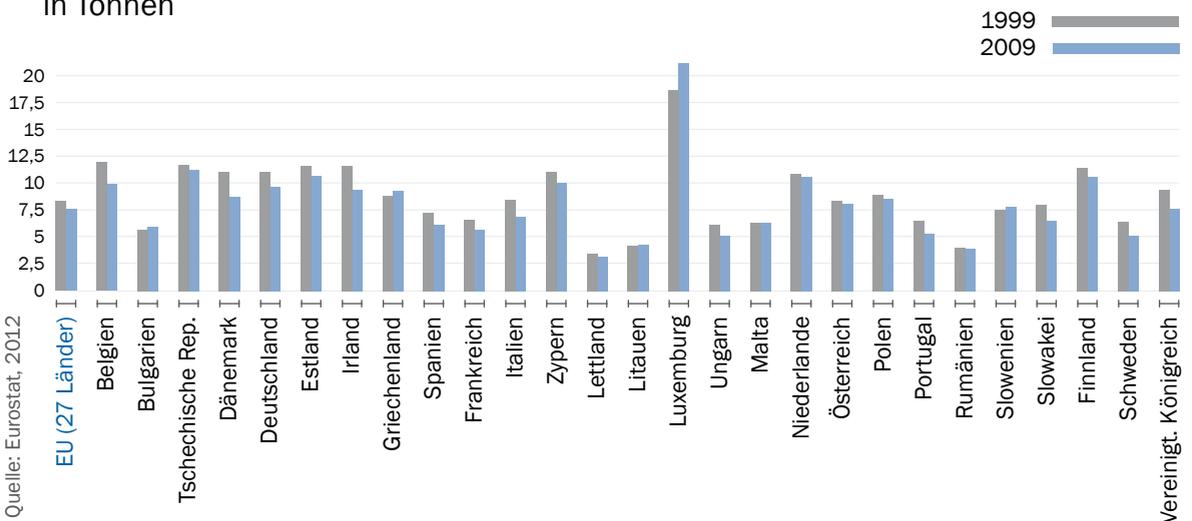
- bessere Regeln für Rücknahme und Recycling von Elektro-Altgeräten,
- flexible Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz, die zu einer jährlichen Energieeinsparung von 1,5 Prozent führen,
- EU-weit geltende strenge Zulassungsvorschriften und Kennzeichnungspflichten für Biozidprodukte,
- EU-weit geltende hohe Umweltstandards für neue Industrieanlagen,
- realistische Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß von Kraftfahrzeugen, die sowohl zum Umweltschutz beitragen als auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie erhalten,
- EU-weites Verbot von Phosphaten in Textilwaschmitteln ab 2013 und in Geschirrspülmitteln ab 2017.

Wir setzen uns ein für:

- ein neues globales Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2020,
- den Erhalt der Biodiversität in Europa sowie den Kampf gegen die sich immer mehr verbreitenden gebietsfremden Tier- und Pflanzenarten, die einheimische Arten verdrängen,
- ein integriertes europäisches Umweltlabel, das die verschiedenen bisherigen Labels ersetzt,
- ethische Grenzen bei der europäischen Forschungsförderung: Klonen von Menschen und Tieren, die Zerstörung oder Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken lehnen wir genauso strikt ab, wie die Patentierung embryonaler Stammzellen.

CO₂-Emission pro Kopf in der EU im Vergleich 1999 - 2009

in Tonnen



Leistungsfähige Landwirtschaft – Gesunde Lebensmittel

Das Hauptziel der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union ist die Versorgung von rund 500 Millionen EU-Bürgern mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln. Nur eine funktionierende europäische Landwirtschaft kann die Nahrungsmittelversorgung und -sicherheit in der EU dauerhaft gewährleisten. Wir setzen uns daher für eine Agrarpolitik ein, die verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Landwirte schafft und das Vertrauen der Verbraucher in die Lebensmittelsicherheit stärkt.

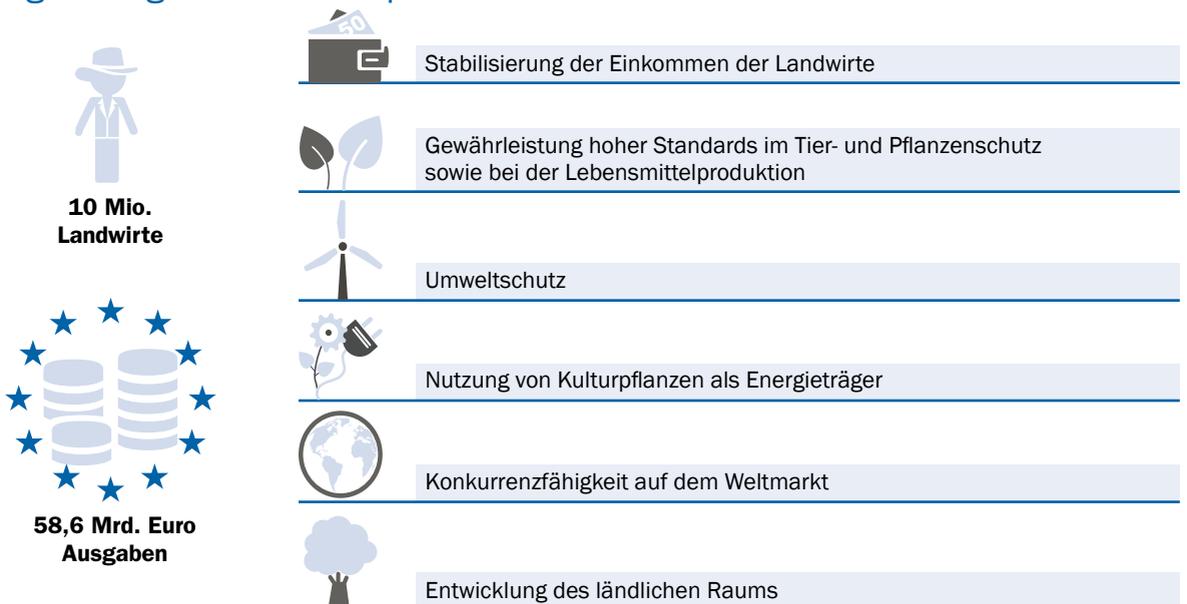
Wir setzen uns ein für:

- eine Flexibilisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik, die die unterschiedlichen landwirtschaftlichen Bedingungen in den EU-Mitgliedstaaten besser berücksichtigt,
- die Beibehaltung der bewährten Zwei-Säulen-Struktur der Gemeinsamen Agrarpolitik,
- faire Preise für Landwirtschaftserzeugnisse,
- die Reduzierung des bürokratischen Aufwands für die Landwirte,
- eine europaweite Meldepflicht und die Einrichtung einer EU-weiten Datenbank für bestimmte Tierkrankheiten und die Verwendung von Antibiotika in der landwirtschaftlichen Tierzucht,
- die Beschränkung des Einsatzes von Antibiotika im gesamten Bereich der Tierzucht und -haltung auf das absolut notwendige Maß, um weiteren Resistenzen vorzubeugen.

Das haben wir für Sie erreicht:

- EU-weites Importverbot für hormonbelastetes Rindfleisch aus den USA und Kanada,
- Schutz von geographischen Angaben für Lebensmittel wie „Schwäbische Spätzle“ oder „Nürnberger Rostbratwurst“,
- klare Kennzeichnungsregeln für Lebensmittel nach dem Grundsatz „Was draufsteht, muss auch drin sein“,
- Kennzeichnungspflicht für die häufigsten Allergene ab 2016 sowie EU-weite Regelungen für laktose- und glutenfreie Produkte.

Agrarausgaben der Europäischen Union



Bessere Bildung – Bessere Chancen

Innovationsfähigkeit, Qualifikationen, Wissen und Fertigkeiten sind die Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit in einer wissensbasierten Gesellschaft. Angesichts von rund fünf Millionen arbeitslosen Europäern im Alter von unter 25 Jahren setzt sich die Europäische Union für die Verbesserung der allgemeinen und beruflichen Bildung insbesondere für junge Menschen ein. Derzeit studieren rund 17 Millionen Europäer an den rund 4000 Hochschulen in der EU. Programme wie ERASMUS oder COMENIUS sowie neue Initiativen wie „Jugend in Bewegung“ tragen wesentlich zur hohen Bildungsmobilität in der EU bei. Die bewährte Programmstruktur sollte daher beibehalten und, wo dies sinnvoll ist, ergänzt werden.

Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich ein für:

- einen effektiven Zugang zu Lernmöglichkeiten in der gesamten EU,
- gleiche Chancen und freien Zugang zu Bildung für Menschen aller Altersgruppen,
- die Beseitigung aller Hindernisse, die sich der bildungsbezogenen Mobilität in den Weg stellen,
- den Export des erfolgreichen deutschen dualen Ausbildungssystems in andere europäische Länder,
- eine stärkere Vernetzung zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen,
- die Vereinfachung von Verfahren zur grenzüberschreitenden Anerkennung von erworbenen Berufsqualifikationen,
- mehr Investitionen der EU-Mitgliedstaaten in ihre Bildungs- und Ausbildungssysteme.

Die europäischen Bildungsprogramme im Überblick

ERASMUS

ist das bekannteste Bildungsprogramm der EU und fördert seit 25 Jahren Auslandsaufenthalte von Studenten.

➔ www.eu.daad.de

COMENIUS

unterstützt Partnerschaften zwischen Schulen und die Zusammenarbeit von Lehrkräften.

➔ www.kmk-pad.org

LEONARDO DA VINCI

bietet Azubis, Studenten, jungen Berufstätigen und Arbeitslosen mit Berufsausbildung die Möglichkeit, ein berufsbezogenes Praktikum im Ausland zu absolvieren.

➔ www.na-bibb.de/leonardo_da_vinci

GRUNDTVIG

fördert Maßnahmen der Erwachsenenbildung, insbesondere transnationale Lernpartnerschaften, Netzwerke und Mobilitätsmaßnahmen.

➔ www.na-bibb.de/grundtvig

EURES

ist das Portal für berufliche Mobilität mit Informationen über Stellen- und Ausbildungsangebote in Europa.

➔ www.ec.europa.eu/eures

Stabilität und Verantwortung – Herausforderungen für das Europa von morgen

Die Europäische Union gilt weltweit als einzigartige wirtschaftliche und politische Erfolgsstory eines freiwilligen Zusammenschlusses von Nationalstaaten. Der Verzicht auf nationale Souveränität ist mit einem Gewinn an globalem Einflussvermögen und Handelsfreiheit verbunden.

Angesichts der demographischen Entwicklung und der Verwerfungen auf den globalen Finanzmärkten wird Europa seinen weltweiten Einfluss jedoch nur behalten können, wenn es noch stärker als politische Einheit auftritt. Nationale Egoismen und der fehlende Wille, europäische Vereinbarungen einzuhalten, aber auch nachlässige Erweiterungsbeschlüsse für EU und Eurozone haben einen erheblichen Reformbedarf offenbart.

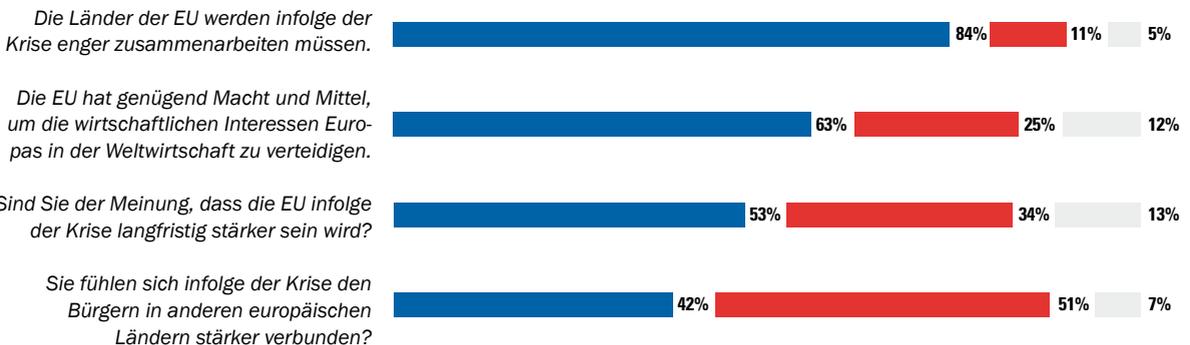
In wichtigen Politikfeldern muss die EU daher reformiert und mittelfristig zu einer Politischen Union weiterentwickelt werden. Über die Ausgestaltung dieser Politischen Union wird derzeit in Deutschland und Europa diskutiert.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament beteiligt sich hieran intensiv und hat im Hinblick auf die Staatsschulden- und Bankenkrise u. a. folgende Kriterien für eine dauerhaft stabile Politische Union aufgestellt:

- keine Finanzhilfen aus dem Euro-Rettungsschirm ohne nationale Implementierung der Schuldenbremse,
- die Verantwortung für die Staatsschulden muss bei den einzelnen Mitgliedstaaten bleiben; eine Vergemeinschaftung der Schulden einzelner Mitgliedstaaten muss ausgeschlossen bleiben,
- die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) muss dauerhaft gewahrt bleiben,
- der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) darf nicht mit einer Banklizenz ausgestattet werden,
- systemrelevante, grenzüberschreitend tätige Banken müssen durch eine europäische Bankenaufsicht überwacht werden, kleine Regionalbanken hingegen sollen von nationalen Aufsichtsbehörden kontrolliert werden,
- keine europäische Einlagensicherung bei der deutsche Sparer für Banken in anderen EU-Staaten haften,
- Konzentrierung der Strukturfördermittel auf wachstumsorientierte Projekte,
- klare Definition der Grenzen Europas.

Die Auswirkungen der Krise auf die Europäische Union

Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger in den 27 EU-Mitgliedstaaten





CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 / 22 77 57 75

Fax: 030 / 22 77 69 58

info@cducsu.eu

Redaktion: Stephan Mock
Stand: September 2012

Gestaltung: www.lfgberlin.de

www.cducsu.eu

